

Hunderttausende gingen am Wochenende gegen die geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP auf die Straße. Die SPD ist in dieser Frage gespalten – Vorstandsmitglied Jan Stöß erklärt im Interview, warum er für ein klares Nein ist.

Bunter Protest gegen CETA-TTIP

Eindrücke von den Demonstrationen in Köln, Berlin und Wien

Nichts zieht in Deutschland derzeit mehr Menschen auf die Straße als der Protest gegen die Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA. Die Rechten mussten beim Protest draußen bleiben.

Von Sebastian Weiermann, Susanne Schwarz und Hannes Hofbauer

Trecker in Köln

Andrea vom Kölner Demonstrationenbündnis gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA ist sehr zufrieden: Fast doppelt so viele Menschen wie angenommen habe man mobilisiert, fasst sie am Samstagnachmittag zusammen. Die Polizei muss die Route zweimal verlängern, damit sich Hin- und Rückweg nicht in die Quere kommen.

Rund 55 000 sind zum Protest am Rhein gekommen. Es ist ein bunter Zug: Angeführt wird er von Milchbauern und ihren Traktoren. Auf den Anhängern stehen schwarz-rot-goldene Plastikkuhe mit der Aufschrift: »Die faire Milch«. Die Bauern fordern eine »gesellschaftsverträgliche Landwirtschaft« und lebendige regionale Wirtschaftskreisläufe. Sie stellen sich gegen die »Globale Ausbeutung von Mensch, Tier und Nation«.

Auf dem Weg Richtung Innenstadt sind die unterschiedlichsten Mittel des Protestes zu sehen. Ein Demonstrant trägt ein Buch mit sieben Siegeln auf dem Kopf. Auch ein Trojanisches Pferd mit der Aufschrift »TTIP & CETA« ist zu sehen. Die Gestalter wollen darauf hinweisen, dass man bei Geheimabkommen nicht wisse, was am Ende herauskomme. Im Zweifel seien es, wie in Troja, feindliche Soldaten.

Eine andere Kritik hat Katharina aus Bonn. Auf ihrem Schild steht »TTIP tötet Tiere«. In Deutschland gebe es schon faktisch keine Tierrechte, sagt die 22-jährige Veganerin. Und mit TTIP werde es noch schlimmer. Benny aus Bochum, Aktivist der Linksjugend Solid, kritisiert, dass die Abkommen in Hinterzimmern verhandelt werden. Ein paar Meter vor der Linksjugend läuft ein kommunistischer Block. Hier hält man sich nicht mit Detailkritik auf und fordert den Kampf »Klasse gegen Klasse«. Im Block der LINKEN versucht man derzeit zu reimen: »Von Kōlle bis Kreta, wir haben was gegen CETA!« und »Von Kōlle bis Athen, wir wollen TTIP sterben sehen!«

gend Solid, kritisiert, dass die Abkommen in Hinterzimmern verhandelt werden. Ein paar Meter vor der Linksjugend läuft ein kommunistischer Block. Hier hält man sich nicht mit Detailkritik auf und fordert den Kampf »Klasse gegen Klasse«. Im Block der LINKEN versucht man derzeit zu reimen: »Von Kōlle bis Kreta, wir haben was gegen CETA!« und »Von Kōlle bis Athen, wir wollen TTIP sterben sehen!«

»Von Kōlle bis Kreta, wir haben was gegen CETA! Von Kōlle bis Athen, wir wollen TTIP sterben sehen!«

Protestreime in Köln

Am Ende des Demozugs wird gegen TTIP & CETA getanzt. Hier hat sich Jung und Alt versammelt, die Kritik ist etwas indifferent: »Mehr Scheiße für alle – TTIP«, steht auf einem Schild.

Politprominenz in Berlin

In Berlin sind vorübergehend die äußeren Umstände bestimmend: Kurz nach halb zwölf, die Kundgebung soll gerade beginnen, ist die für die Protestierenden abgesperrte Fläche nahe dem Alexanderplatz so gut wie leer. Es schüttet. Wenig später wird der Regen schwächer – Menschen strömen aus Hauseingängen, Läden, Bushaltestellen. Es zeigt sich, dass viele, sehr viele gekommen sind.

Organisator ist das Bündnis »CETA & TTIP stoppen – für einen gerechten Welthandel«. Umwelt- und Verbrauchergruppen, Globalisierungskritiker, Gewerkschaften und Landwirte, sie alle befürchten, dass die Freihandelsverträge internationalen Konzernen zu viel Macht geben, dass Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstan-



Der Demonstrationzug in Berlin

Foto: dpa/Monika Skolimowska

dards aufgeweicht werden. Im Mittelpunkt steht CETA, denn das Abkommen zwischen der EU und Kanada ist schon fertig verhandelt und soll jetzt ratifiziert werden. Außerdem gilt CETA als Blaupause für den Vertrag TTIP mit den USA.

Das Bündnis hat je einen Vertreter der Bundestagsparteien als Redner geladen. Die Sozialdemokraten kommen auf vielen Transparenten sonst nicht gut weg, weil Wirtschaftsminister und Parteichef Sigmar Gabriel CETA durchboxen und auf dem SPD-Konvent am Montag bewerben will. »Ich habe im Parteivorstand als einziger gegen CETA gestimmt, aber auf dem Konvent werde ich nicht mehr allein sein«, sagt Jan Stöß. Auch Gabriele Gaßner, Vi-

zechefin der CDU-Arbeitnehmerschaft, hofft, ihre Parteibasis mobilisieren zu können. Klar ist es bei den Grünen: Ihre Partei lehne CETA und TTIP »ganz entschieden ab«, ruft Grünen-Chefin Simone Peter unter Applaus ins Mikrofon. »Wir wollen keine intransparenten Verhandlungen, keine undemokratischen Ergebnisse«. Die Grünen, an zehn Landesregierungen beteiligt, würden CETA im Bundesrat blockieren, sagt sie. Dietmar Bartsch, Ko-Vorsitzender der Linksfraction im Bundestag verspricht, auch seine Partei werde die Abkommen ablehnen.

Michael Müller, Chef des Umweltverbands Naturfreunde, spricht ein Thema an, das die Protestler beschäftigt, seit auf der Demo im ver-

gangenen Jahr Pegida und AfD auftauchten. »Gegen Nationalismus wehren wir uns«, ruft er. Damit habe die Demonstration »nichts am Hut«.

Auf Protestschildern lassen viele wissen, dass sie das genau so sehen. Auf dem Marsch vom Alex zur Warschauer Straße im Ortsteil Friedrichshain und an der Spree entlang wieder zurück treten rechte Gruppen nicht offen auf, auch wenn einige Mitglieder via Twitter ihre Teilnahme angekündigt hatten.

Zurück auf dem Alexanderplatz – wie sonst nur selten stimmen die Teilnehmerschätzungen von Polizei und Veranstalter überein: 70 000 haben sich gegen die umstrittenen Freihandelsabkommen und für einen fairen Welthandel ausgesprochen.

Breite Mehrheit in Wien

5000 kommen am Samstag in der Wiener Innenstadt zusammen – unter Losungen wie »Schluss mit dem geCETA« und »Mitbestimmung für alle statt Profite für wenige«. Auch hier hat sich ein breites Bündnis zusammengefunden. Auf zwei Bühnen kommen RednerInnen von Attac, Global 2000, der Sozialistischen Jugend, der Katholischen Frauenbewegung, des Gewerkschafts- sowie des Bauernbundes zu Wort. Mit dem Bürgermeister von St. Pölten (SPÖ) und der Vizebürgermeisterin von Wien (Grüne) finden auch Parteikader aus der zweiten Reihe den Weg auf die Tribüne.

Laut einer EU-weiten Umfrage ist die freihandelskritische Mehrheit in Österreich (70 Prozent) noch größer als in Deutschland (59 Prozent). Hier gibt es Unterstützung von höchster Stelle. Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) lehnt die Freihandelsverträge in der vorliegenden Form ab. Auch das bereits ausverhandelte Abkommen mit Kanada ist für ihn nicht unterschriftsreif. Deshalb hat Kern eine Befragung der 200 000 SPÖ-Mitglieder zu CETA veranlasst, deren Ergebnis am Dienstag veröffentlicht werden soll. Eine Ablehnung gilt als sicher.

Kommunisten und Grüne finden sich seit Jahren in lokalen Komitees gegen das Geheimabkommen TTIP. Einzig der grüne Präsidentschaftskandidat Alexander van der Bellen hat lange und den Druck der Basis gebraucht, bis er sein Ja zurückgenommen hat. Die rechtspopulistische FPÖ läuft gegen TTIP und CETA Sturm, war aber nicht Teil der Aktionseinheit vom Samstag. Die konservative ÖVP hält noch die Freihandelsfahne hoch, doch auch dort bröckelt die Zustimmung, wie die Teilnahme von katholischen Frauen und ÖVP-Bauernvertretern an der Demonstration zeigt.

»Unsere roten Linien werden bei CETA nicht eingehalten«

Der Berliner SPD-Politiker Jan Stöß lehnt als einziges Bundesvorstandsmitglied die Freihandelspolitik der Parteispitze ab. Er befürchtet die Durchsetzung neoliberaler Ziele

Sie haben vor wenigen Tagen im SPD-Vorstand als einziges Mitglied den Leitantrag zum europäisch-kanadischen Freihandelsabkommen CETA abgelehnt. Warum?

Wir hatten im Parteivorstand zu dieser Frage eine durchaus differenzierte Debatte. Einigkeit bestand allerdings darin, dass die roten Linien, welche die SPD für CETA aufgestellt hat, überschritten sind und weiterhin Änderungen notwendig sind. Das steht ja auch so im Leitantrag. Mich überzeugt aber das Vorgehen nicht, erst im Ministerrat zuzustimmen und dann auf das parlamentarische Verfahren zu verweisen. Die logische Schlussfolgerung daraus, dass die roten Linien nicht eingehalten sind, ist eben, nicht zuzustimmen, bis unsere Mindestanforderungen erreicht sind.

Welche Kritikpunkte haben Sie konkret am Leitantrag der SPD-Spitze?

Ich kritisiere, dass es nach der Umsetzung von CETA weiterer Sondergerichte geben soll. Zwar soll nun statt privater Schiedsstellen ein Handelsgerichtshof eingerichtet werden, aber ich teile die Kritik des Deutschen Richterbundes und der Gewerkschaft ver.di, dass das in der jetzigen Ausgestaltung noch keine unabhängige Gerichtsbarkeit nach den Maßstäben des Grundgesetzes ist. Deswegen hal-



Jan Stöß war von Juni 2012 bis zum April 2016 Vorsitzender der Berliner SPD. Der Parteilinke und Richter kandidierte am Sonntag für das Abgeordnetenhaus von Berlin. Zudem sitzt Stöß im 35-köpfigen Bundesvorstand der Sozialdemokraten. Am Montag wird ein SPD-Konvent in Wolfsburg über die Haltung der Partei zu CETA entscheiden. Über den Widerstand gegen das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen sprach mit Stöß nd-Redakteur Aert van Riel.

Foto: nd/Ulli Winkler

te ich an der Forderung fest, dass der Investitionsschutz komplett aus dem Abkommen verschwinden müsste. Eine große Berliner Befürchtung ist, dass wir unsere Politik der Rekommunialisierung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr fortsetzen könnten, wenn das Abkommen in Kraft tritt. Es atmet einen rekommunialisierungsfeindlichen Geist. Und die Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe öffnet ein Einfallstor für eine Überformung unseres Rechts durch neoliberale Ideologie.

Wie wird der Leitantrag in Ihrem Landesverband bewertet?

Die Berliner SPD hat sich sehr früh auf Landesparteitagen auf eine kritische Haltung zu CETA und TTIP festgelegt. Ich habe im September 2014 im Parteivorstand dafür gestritten, dass die Kriterien, die wir für TTIP aufgestellt haben, auch für CETA gelten. Daran gab es damals viel Kritik, weil gesagt wurde, dass das Abkommen ausverhandelt sei. Trotzdem sind dann doch noch Verhandlungen und Änderungen möglich gewesen. Der Berliner Landesverband steht hier sehr geschlossen. Meine Haltung im Parteivorstand hat durch den Berliner Landesvorstand eine einstimmige Billigung erfahren. Ich freue mich

über die Rückendeckung des Landesverbandes.

Also rechnen Sie damit, dass auch Delegierte aus Berlin beim Parteikonvent in Wolfsburg am Montag den Leitantrag ablehnen werden? Ich gehe davon aus, dass die Berliner Delegation dem Votum des Landesparteitags und dem Votum des Landesvorstands folgen wird.

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel ist kürzlich von einer Reise nach Kanada zurückgekehrt, wo er sich mit Regierungschef Justin Trudeau noch einmal über CETA unterhalten hat. Wie bewerten Sie die Ergebnisse?

Zunächst muss man positiv in Rechnung stellen, dass Sigmar Gabriel in den Verhandlungen mit Kanada durchaus weitreichende Verbesserungen erreicht hat. Nun hat es von der kanadischen Seite offenbar erneut ein Entgegenkommen gegeben. Aber eines muss man wissen: Diejenigen, die uns bei den Streitigkeiten auf der Grundlage des CETA-Investitionsabkommens auf der Klägerseite gegenüberstehen werden, sind nicht Leute wie der sympathische Herr Trudeau, sondern internationale Konzerne, die dann kleine deutsche Kommunen verklagen könnten. Da ma-

che ich mir große Sorgen um die Waffengleichheit.

Sigmar Gabriel hat nach dem Gespräch mit Herrn Trudeau Klarstellungen zu CETA in Aussicht gestellt. Reichen diese, um aus CETA ein gutes Abkommen zu machen? Der Parteivorstand und der Konvent werden über diese Frage am Montag noch einmal beraten. Mir ist vor allem eines wichtig: Die roten Linien, die der Konvent im Jahr 2014 formuliert hat, müssen am Ende eingehalten werden. Das ist bis jetzt nicht der Fall.

Was würde eine Ablehnung des Konvents zu CETA für die Zukunft von Sigmar Gabriel bedeuten? Aus meiner Sicht ist die Abstimmung keine Machtfrage. Es handelt sich vielmehr um eine wichtige Sachfrage, in der man unabhängig von der Verquickung mit personellen Fragen diskutieren können muss.

In der SPD haben einzelne Abgeordnete einen Mitgliederentscheid über CETA gefordert. Könnte so eine Entscheidung getroffen werden, die dem Willen der Mehrheit der SPD-Mitglieder entspricht? Wir wollen beim Konvent eine Klärung erreichen. Wenn dies zugunsten der Kritiker ausgeht, wäre ein Mit-

gliederbegehren oder ein Mitgliedervotum in dieser Frage gar nicht mehr erforderlich. Ich bin mir sicher, dass die Mehrheit der SPD-Mitglieder CETA sehr kritisch sieht.

Und wenn sich die Kritiker nicht durchsetzen sollten? Plädieren Sie dann für einen Basisentscheid?

Ich erwarte jetzt erst mal, dass wir bei dem Konvent wichtige Fortschritte machen. Danach sehen wir weiter.

Sie gehören zur SPD-Linken, die von der Magdeburger Plattform geführt wird. Diese wollte die Parteilinke schlagkräftiger machen. Die Sprecher der Plattform haben sich aber nun unterschiedlich zum CETA-Antrag des SPD-Vorstands verhalten: Parteize Ralf Stegner hat zugestimmt, Bundestagslinkensprecher Matthias Miersch sich enthalten, Juschefin Johanna Uekermann plädiert für Ablehnung. Was bedeutet das für die Zukunft des Flügels?

Die SPD-Linke hat ihr Vorgehen und die unterschiedlichen Akzentuierungen im Vorfeld sehr vertrauensvoll miteinander abgestimmt. Es ist auch legitim, dass man in so einer Sachfrage zu unterschiedlichen Entscheidungen kommt. Wir sind kein monolithischer Block und das muss auch nicht so sein.